

Trübe Aussichten für nachhaltige Entwicklung. Das Freihandelsabkommen der EU mit Indonesien (CEPA)

Die EU verhandelt derzeit den Großteil ihrer Handels- und Investitionsabkommen sowie wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPAs) mit Ländern des Globalen Südens. Dabei werden zum Teil Vereinbarungen festgeschrieben, die es für die jeweiligen Länder im Globalen Süden unmöglich machen, den ökonomischen Abstand auf den Globalen Norden zu verkleinern. Weiterhin erschwert werden der Schutz ihrer Umweltgüter und Ressourcen und diese nachhaltiger zu verwerten. Ebenso kann es in Zukunft schwieriger werden Sozial- und Gesundheitsleistungen zur Verfügung zu stellen, die den Menschen eine Grundsicherung garantiert. Ähnliche Gefahren drohen bei dem derzeit verhandelten EU-Freihandelsabkommen mit Indonesien: Es ist somit wichtig im Blick zu behalten, dass CEPA keineswegs einen Einzelfall darstellt, sondern als Beispiel innerhalb der breiteren Außenhandelsstrategie der EU gesehen werden muss. Die hier beschriebenen Mechanismen finden sich also in ähnlicher Form auch in anderen Handels- und Investitionsverträgen der EU.¹

Neben weitreichenden entwicklungspolitischen Verpflichtungen in Artikel 21 des EU Vertrages, die für die Gesamtheit europäischer Aktivitäten gelten, hat die EU sich dazu verpflichtet, alles Außenhandeln den 2030 UN Nachhaltigkeitszielen (*Sustainable Development Goals – SDGs*) unterzuordnen.² Dies bedeutet, dass auch für die Handelspolitik der EU zur Erreichung der SDGs beitragen muss oder zumindest der Verwirklichung der SDGs nicht entgegenstehen darf. Die 17 SDGs beinhalten unter anderem die Verpflichtung „die Nachhaltigkeit in der Nutzung von Ressourcen zu verbessern, Leben in Würde zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen“,³ sowie „den höchstmöglichen Standard an Gesundheitsversorgung“⁴ und „die Schaffung hochqualitativer Jobs für junge Menschen in ausreichender Menge“⁵ anzustreben. Die SDGs ist ein Katalog aus 17 Über- und 168 Unterzielen, der 2015 von der UN beschlossen wurden und seit dem 1. Januar als für UN-Mitgliedsstaaten verpflichtend umzusetzen ist. Der Katalog soll unter anderem die



Palmölplantage in Kalimantan, Indonesien Foto: Nanang Sujana/CIFOR, flickr (CC BY 2.0)

nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen und die Wahrung von Menschenrechten, sowie den Erhalt von Ökosystemen sicherstellen und Disparitäten im Lebensstandard ausgleichen.⁶ Anders als bei den vorherigen Entwicklungszielen der UN werden bei den SDGs besonders auch Industrieländer in die Pflicht genommen, was auf der Erkenntnis beruht, dass die Unterschiede in Lebensqualität und Wirtschaftsleistung zu großen Teilen aus Kolonialismus und Imperialismus hervorgehen.

Umso verwunderlicher ist es, dass die EU in ihren Freihandelsabkommen eine Strategie verfolgt, die den Verpflichtungen zum auswärtigen Handeln und den SDGs diametral entgegenarbeitet, so auch im derzeit verhandelten EU-Indonesien-Abkommen (*Comprehensive Economic Partnership Agreement – CEPA*).⁷

Indonesien ist die größte Wirtschaftsmacht innerhalb der ASEAN-Staaten und verfügt über einen größeren Markt als Kanada. Die EU ist Indonesiens viertgrößter Handelspartner. Gleichzeitig liegt Indonesien als EU-Handelspartner an

30. Stelle. Das Land fällt unter das sogenannte allgemeine Präferenzsystem (APS bzw. General System of Preferences, GSP) der EU, mit dem 30% der Importe aus Indonesien niedrigeren Zöllen unterliegen.⁸

Die EU verhandelt auf Basis des Mandats von 2007 für die inzwischen gescheiterten Verhandlungen mit dem gesamten ASEAN-Verbund. Dass die EU-Kommission in der Lage ist, ohne neues Mandat einfach weiter zu verhandeln, zeigt wie gering die parlamentarische Kontrolle über die Details der Aushandlungen ist. Die Textgrundlage für die Verhandlungen bildet das kürzlich abgeschlossene, sich im Ratifizierungsprozess befindende Abkommen zwischen der EU und Vietnam. Dieses Abkommen wurde bereits vielfach als unzulänglich kritisiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten, dass das Abkommen die Möglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung erheblich einschränkt.⁹

Seit September 2016 haben drei Verhandlungsrunden stattgefunden, die vierte Runde ist für den 19.02.2018 angesetzt. Die Verhandlungen sollen noch 2019 abgeschlossen werden und beide Verhandlungsparteien zeigen sich angesichts guter Fortschritte in den Verhandlungen bisher zuversichtlich, dieses Ziel auch zu erreichen.

Für Indonesien ist das Abkommen vor allem in Hinblick auf die Exporte von Palmöl und mineralischen Rohstoffen wichtig. Rohstoffe machen 79,6 % des indonesischen Bruttoinlandsprodukts aus (Palmöl, Öl und Gas, Mineralien). Die europäischen Verhandlungspartner haben ihre klassischen Interessen in der Liberalisierung der Dienstleistungs- und Beschaffungsmärkte (die sind in Indonesien bisher besonders geschützt), der Liberalisierung von Zöllen, der Regulierung Geistiger Eigentumsrechte, sowie an einem starken Investitionsschutz mit ISDS. Da die Verhandlungen noch am Anfang stehen gibt es noch keine konsolidierten Texte. Dennoch lassen sich auf Basis der verschiedenen Verhandlungsvorschläge und Fortschrittsberichte beider Seiten und der Beobachtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen die Grundzüge und Konfliktpunkte herausarbeiten.

Faktencheck: Was steht in den bisherigen Entwürfen des Abkommens?

Öffentliche Ausschreibungen

Öffentliche Ausschreibungen machen 9,5% des indonesischen BIP aus.¹⁰ Deshalb ist es naheliegend, dass die EU eine Nichtdiskriminierung europäischer Unternehmen bei öffentlichen

Ausschreibungen fordert. Europäische Unternehmen sollen somit an jeder öffentlichen Ausschreibung teilnehmen dürfen, am Ende entscheidend sein soll das beste Angebot, ungeachtet anderer Faktoren z. B. Herkunft des Unternehmens oder auch soziale und umweltrelevante Aspekte. Was zunächst unproblematisch klingt, zementiert in Wirklichkeit das enorme Nord-Süd Gefälle in der globalen Wirtschaft. Öffentliche Ausschreibungen können ein wirksames Mittel für Regierungen im Globalen Süden sein, um kleine und lokale Unternehmen zu fördern, die noch nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Die Öffnungsverpflichtung für alle staatlichen und kommunalen Ausschreibungen lässt nun diese lokalen Unternehmen mit teilweise enorm finanzstarken transnationalen Unternehmen in direkten Wettbewerb treten. Diese transnationalen Unternehmen sind unter Umständen nicht einmal darauf angewiesen, das jeweilige Geschäft profitabel zu gestalten, da sie über genug Kapital zu Absicherung verfügen. Dadurch können sie die lokalen Unternehmen mit unprofitablen Dumpingpreisen unterbieten und die jeweiligen Verluste durch ihre zukünftige Monopolstellung nach der Verdrängung aller lokalen Konkurrenten mehr als kompensieren.

Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungsmarktes zerstört ein starkes entwicklungspolitisches Instrument für die Etablierung einer unabhängigen lokalen Wirtschaft, die nicht vom Export von Ressourcen abhängig ist. Stattdessen wird ein von vorneherein ungleicher Wettbewerb und damit die Monopolstellung der transnationalen Konzerne gefestigt.

Investitionsschutz

Die EU hat ein besonders starkes Interesse daran, ein weitreichendes Kapitel zum Investitionsschutz inklusive Konzernklagerechten (Investor-State-Dispute-Settlement – ISDS) mit Indonesien zu vereinbaren. Als Hauptgrund für die Etablierung von ISDS wird oft der Schutz von Investitionen vor staatlichem Zugriff, z. B. Enteignung, angeführt. Tatsächlich aber dienen die Mechanismen weit häufiger dazu, nationale Gesetze, die die Gewinnaussichten ausländischer Unternehmen beeinträchtigen könnten, zu verhindern.. Indonesien hatte aufgrund katastrophaler Erfahrungen mit Investor-Staat-Klagen (siehe Kasten 2) im Jahr 2014 beschlossen, 67 der bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs) aufzukündigen oder auslaufen zu lassen. Dazu gehören unter anderem die Verträge mit den Niederlanden, Italien und Frankreich.¹¹ Durch diesen Wegfall hat die EU ein noch stärkeres Interesse die weitreichenden Rechte für ihre

Unternehmen (wieder) sicher zu stellen und Indonesien erneut durch ein starkes Investitionsschutzkapitel zu binden.

Entgegen den Forderungen Indonesiens, mit dem Investitionsschutz nur Direktinvestitionen (FDI) abzudecken, möchte die EU eine besonders weite Definition von Investitionen. Zudem gelten bisher in Indonesien für viele Bereiche Investitionsbestimmungen, die sicherstellen sollen, dass ausländische Investitionen auch tatsächlich zur Entwicklung der lokalen Realwirtschaft beitragen und nicht nur der Wertabschöpfung in den Globalen Norden dienen. Ein Beispiel sind *local content requirements*: Diese legen fest, dass ein gewisser Anteil der Investition in lokale Unternehmen fließen muss.¹² Besonders Deutschland sind diese entwicklungspolitisch meist sehr wirksamen Instrumente ein Dorn im Auge.

Zusätzlich strebt die EU einen Schlichtungsmechanismus nach Vorbild des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens an. Daher möchte die EU das Investment Court System (ICS) im CEPA verankern (siehe Kasten 1).

Effektiv werden Staaten des Globalen Südens daran gehindert, souverän über die eigenen Ressourcen bestimmen zu können. Gleichzeitig zwingen die Investitions- und Handelsregeln sie dazu, das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung zugunsten eines konstanten Flusses von Rohstoffen in den Globalen Norden zurückzustellen: Über ein Fünftel aller bekannten ISDS-Verfahren wurden von Unternehmen aus dem Rohstoffsektor eingereicht¹³. Hinsichtlich der Konzernklagerechte fordert Indonesien bei den Verhandlungen, dass zuerst der nationale Rechtsweg ausgeschöpft werden muss, bevor der Fall einem internationalen Schiedsgericht übertragen wird. Damit soll sichergestellt werden, dass das jeweilige nationale Gerichtswesen über Konzernklagen entscheidet, nicht internationale Schiedsgerichte.

Palmöl: Das Gegenteil von Nachhaltigkeit

Indonesien ist mit mehr als 34 Millionen Tonnen jährlich der größte Produzent von Palmöl weltweit. Die EU hingegen ist der global drittgrößte Importeur des Rohstoffes. Palmöl findet sich mittlerweile in mehr als der Hälfte der gewöhnlichen Verbrauchergüter.¹⁴ Gleichzeitig jedoch hat die Produktion von Palmöl katastrophale Folgen für Klima und Gesellschaft. Für Palmölplantagen werden stetig riesige Flächen Regenwald gerodet. Wegen der gigantischen Monokulturen, die für sich schon verheerend für das lokale Ökosystem sind, müssen extrem

Kasten 1:

Investor-Staat-Schiedsverfahren

Die sogenannten Konzernklagerechte (Investor-State-Dispute-Settlement – ISDS) sind in Handels- und Investitionsabkommen enthalten. Unternehmen bekommen damit das Recht Staaten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Menschenrechte gefährdet sehen. Sie klagen dann vor intransparenten Schiedsgerichten, denen drei JuristInnen als sogenannte SchiedsrichterInnen vorsitzen.

Eine Klage anstreben können nur die ausländischen Unternehmen. Wenn ein Staat verliert, müssen die Steuerzahler für die Entschädigungszahlungen aufkommen. In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass Regierungen Gesetzesentwürfe zum Schutz der Umwelt oder der VerbraucherInnen aus Angst vor Klagen zurückziehen oder verwässern. ISDS ist also ein scharfes Schwert in der Hand von Konzernen. Mittlerweile gibt es 817 bekannte Fälle, alleine 2016 kamen 69 hinzu, Tendenz steigend.²⁵

Aufgrund massiver öffentlicher Kritik an dem alten Ansatz des Investorenschutzes hat die EU in den letzten Jahren begonnen, eine Reform der Schiedsgerichtsinstitutionen und -verfahren umzusetzen. Dies betrifft aber nur die Art und Weise wie die Streitschlichtung geführt wird. Gleichzeitig werden die Reichweite und materiellen Rechte der Investitionskapitel nicht abgeschwächt, sondern eher noch ausgeweitet.

Erste ausgehandelte Freihandelsabkommen, in denen die EU ihren Reformkurs vertraglich festschreiben konnte, ist neben dem CETA-Abkommen das Abkommen mit Vietnam. Beide Verträge beinhalten in ihren Investitionskapiteln das von der EU vorgeschlagene „*Investment Court Systems*“ (ICS). Dieses sieht die Einrichtung je eines bilateralen ständigen Schiedsgerichtssystems sowie einer Berufungsinanz vor. Im Unterschied zu alten ISDS-Verfahren werden keine Schiedsrichter mehr von den Investoren ausgewählt, sondern 15 feste Schiedsrichter von der Union und Kanada (bzw. der EU und Vietnam) ernannt. Streitfälle werden von je drei Mitgliedern bearbeitet, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.

Trotz einiger prozeduraler Verbesserungen bleiben die Kernkritikpunkte von ISDS auch bei dem „reformierten“ System unangetastet.²⁶

- Weiterhin haben ausländische Investoren größere Rechte als andere VertreterInnen der Gesellschaft. Nur sie können Klagen anstreben.
- Ausländische Investoren erhalten zwar weitreichende Rechte, aber im Gegenzug keine Pflichten, beispielsweise im Bereich der Menschenrechte oder des Umweltschutzes, die einklagbar wären.
- Die richterliche Unabhängigkeit ist weiterhin nicht gegeben.
- Keine Verpflichtung erst den nationalen Rechtsweg auszuschöpfen.
- Gefährliche Klauseln wie „*Faire und Gerechte Behandlung*“ bleiben bestehen.

Kasten 2:**Bis hierher und nicht weiter:
Indonesiens katastrophale
Erfahrungen mit Konzernklagen**

Ein besonders prägnantes Beispiel, wie der Investitionsschutz Souveränität und nachhaltige Entwicklung behindert, ist der Fall *Newmont Mining (Nusa Tenggara)* versus Indonesien: 2009 verabschiedete die indonesische Regierung ein neues Bergbaugesetz. Unverarbeitete Rohstoffe sollten ab 2014 nicht mehr vollständig exportiert, sondern zu großen Teilen im eigenen Land verarbeitet werden. Dahinter steckte der Versuch, in der globalen Wertschöpfungskette eine Stufe nach oben zu treten und nicht nur Rohmaterial mit äußerst geringer Wertschöpfung für die lokale Bevölkerung zu exportieren. 2014 verklagte der US-Bergbaukonzern über seine niederländische Niederlassung die indonesische Regierung auf Schadensersatz. Die Grundlage hierfür bildete ein Investitionsschutzabkommen zwischen den Niederlanden und Indonesien. Der Prozess endete schließlich in einer außergerichtlichen Einigung, deren Inhalt der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, wie es in diesen Fällen häufig vorkommt. Diese Einigung war für Indonesien jedoch zweifelsohne teuer, da sicher ist, dass *Newmont Mining* eine Senkung der Exportsteuern von 10-30% auf lediglich 7,5% erwirkt hat.²⁷

Das Beispiel zeigt sehr gut, dass Konzernklagerechte, wie sie auch in CEPA verankert werden sollen, nachhaltige Entwicklung direkt oder indirekt verhindern und den sogenannten „*regulatory chill*“ befördern. Eine diversifizierte nationale Ökonomie, die möglichst viele verschiedene Produktionsschritte in möglichst vielen Sektoren beinhaltet ist das Kernkonzept fast aller Entwicklungsansätze. Als Folge der Investorklage wurde hier jedoch ein solches Gesetz unterwandert und Indonesien sogar dazu gezwungen, Rohstoffe noch günstiger zu exportieren.

hohe Mengen von Pestiziden eingesetzt werden. Diese Pestizide sind sowohl schädlich für die LandarbeiterInnen, die oftmals unter menschenverachtenden Bedingungen arbeiten, wie auch für die Erträge benachbarter Subsistenz- und KleinbäuerInnen. Denn die Pestizide verschmutzen gemeinsam mit den hohen Mengen an eingesetztem Dünger das umliegende Wasser. Die Produktion von Palmöl ist nur in großen Mengen profitabel, wodurch KleinbäuerInnen wenig Möglichkeit haben, von dem Produkt zu profitieren. Zudem führt der ständig

wachsende Landbedarf zu gewaltsamen Vertreibungen und Landraub.¹⁵ In Indonesien wurden allein zwischen 2000 und 2012 über drei Millionen Hektar Regenwald ausschließlich für Palmöl gerodet.¹⁶ Der entstehende Rauch aus diesen „*Wildbränden*“ ist hochgiftig und führt Schätzungen zufolge zu über 110.000 Toten jährlich in Südostasien.¹⁷ Zudem verursachen die Brände gigantische wirtschaftliche Schäden, die nicht durch das Wirtschaftswachstum aufgrund der Palmölproduktion ausgeglichen werden. All diese Prozesse führen zu vermehrter Verarmung und Migration in die Städte, zur Enteignung von Landflächen und zur Zerstörung gemeinschaftlicher Umweltressourcen. Die Produktion von Palmöl ist somit gleich auf mehreren Ebenen unnachhaltig.

Es gibt starke Anzeichen dafür, dass die EU eine verpflichtende Nachhaltigkeitszertifizierung für indonesisches Palmöl im EU-Freihandelsabkommen mit Indonesien anstrebt, was von Indonesien überraschend wohlwollend aufgenommen wird. Eine in CEPA enthaltene Regelung, die mehr Nachhaltigkeit in der indonesischen Palmölproduktion erzeugt, scheint vordergründig zunächst einmal begrüßenswert. Dennoch wäre eine solche Regelung im Ergebnis kontraproduktiv. Die europäische und indonesische Zivilgesellschaft befürchtet, dass die im Abkommen festgelegten Nachhaltigkeitskriterien extrem schwach und verwässernd ausfallen. Damit soll ein exklusiver Vorzugszugang für indonesisches Palmöl zum europäischen Markt sichergestellt werden. Effektiv würden sich die bestehenden umweltschädlichen und menschenunwürdigen Produktionsmethoden kaum ändern und sogar noch zusätzlich als nachhaltig legitimiert werden. Ein ähnlicher Effekt wurde bereits durch den *Round Table for Sustainable Palm Oil (RSPO)* und Indonesiens Zertifikat für nachhaltiges Palmöl, dem *Indonesian Sustainable Palm Oil (ISPO)* erzielt. In beiden Zertifizierungsprozessen werden äußerst selektive und vage Kriterien angelegt, die dazu führen, dass schädliche Produktionspraktiken eher legitimiert und ausgezeichnet als tatsächlich bekämpft werden.¹⁸ Dies würde auch erklären, warum die indonesische Regierung daran interessiert ist, Nachhaltigkeitsbestimmungen Palmöl in das Abkommen mit der EU aufzunehmen und warum Malaysia die Integration von Bestimmungen zu Palmöl als Kernforderung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU gestellt hat.¹⁹

Zwar wäre eine nachhaltigere Palmölproduktion ein wichtiger Schritt für Umweltschutz und Armutsbekämpfung, es ist jedoch sehr

Kasten 3:

EU-Parlament verbietet Bio-Sprit aus Palmöl

Am 17.01.2018 stimmte das EU-Parlament für ein EU-weites Verbot von Biokraftstoffen die aus Palmöl produziert werden.²⁸ Bisher wird fast die Hälfte des in der EU zugesetzten Bio-Diesels aus Palmöl gewonnen. Sollten EU-Ministerrat und Europäische Kommission ebenfalls ihre Zustimmung geben wird das Verbot ab 2021 umgesetzt werden. Als Gründe wurden in vorrausgegangenen Berichten des Europaparlaments die hohe Umweltbelastung durch Palmöl, sowie Menschenrechtsverletzungen und Landkonflikte in der weltweiten Palmölproduktion angeführt.²⁹

Dass kein Zertifizierungssystem für Palmöl eingeführt, sondern palmölbasierter Biodiesel direkt verboten wurde zeigt, dass das Europaparlament anerkennt, dass es kein wirklich nachhaltiges Palmöl gibt.

wahrscheinlich, dass durch die Aufnahme von Nachhaltigkeitsbestimmungen zu Palmöl in CEPA der gegenteilige Effekt eintritt. Ein hinter verschlossenen Türen unter starker Beeinflussung durch Unternehmen ausgearbeitetes Nachhaltigkeitszertifikat wird mit großer Wahrscheinlichkeit eher bestehende Praktiken stabilisieren, wie Beispiele bestehender Zertifikate gezeigt haben. Grundsätzlich sollten Klima- und Arbeitsschutz über transparente und demokratische Institutionen geregelt werden - und nicht in Freihandelsabkommen.

Geistige Eigentumsrechte und Gesundheitsversorgung

Eines der Hauptziele der EU in den Verhandlungen für das Freihandelsabkommen mit Indonesien ist die Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten, die weit über die bereits durch die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) etablierten hinausgehen. Die Vormachtstellung der Volkswirtschaften im Globalen Nordens beruht heute hauptsächlich auf dem Besitz von Patenten und anderer Formen geistigen Eigentums, welche es ermöglichen, hohe Summen für den Zugang zu zentralen Technologien aufzurufen oder gänzlich zu verwehren. Besonders extrem ist das in der medizinischen Versorgung: Hier ist es Pharmaunternehmen möglich, selbst Preise für Medikamente festzusetzen, die in keinem Verhältnis zu den Produktions- und Entwicklungskosten stehen. Ein Beispiel: Die 12-wöchige Behandlung

von Hepatitis C kostet in den OECD-Ländern beispielsweise durchschnittlich über 42.000 US-Dollar, während die gleiche Behandlung mit generischen Medikamenten nur knapp 200 US-Dollar kostet.²⁰ Indonesien ist nach Indien einer der größten Produzenten für Generika. Gleichzeitig sind Millionen von Menschen auf die Behandlung mit diesen günstigeren Varianten angewiesen. Im EU-Vietnam-Abkommen gelang es der EU beispielsweise durchzusetzen, dass es Nicht-Patenthaltern erst nach fünf Jahren erlaubt wird, Studienergebnisse über neu-patentiertere Medikamente zu verwenden. Damit wird die Produktion von Generika erheblich verlangsamt und geschwächt.²¹ Ein verschärftes geistiges Eigentumsrecht in dieser Form bedeutet, dass man für die Gewinninteressen der Pharmaunternehmen des Globalen Nordens die Gesundheitsversorgung von Millionen Menschen im Globalen Süden aufs Spiel setzt. Oftmals sind insbesondere die PatientInnen im Globalen Süden auf Generika angewiesen, da sie sich die Medikamente der großen Pharmakonzerne nicht leisten können.

Ausblick: CEPA Stoppen!

Das EU-Indonesien-Abkommen CEPA verhindert eine nachhaltige Entwicklung Indonesiens und steht somit in klarem Widerspruch zu den SDGs. Selbst wenn dadurch Wirtschaftswachstum generiert werden würde, so könnte dies in keinem Fall die Schäden an Umwelt, Klima und Gesellschaft ausgleichen, die durch das Abkommen entstehen.

Der Investitionsschutz macht eine souveräne Ressourcenpolitik sowie eine progressive Umwelt- und Sozialpolitik für Staaten aus dem Globalen Süden unmöglich. Die Öffnung des öffentlichen Ausschreibungsmarktes, die Abschaffung von Anforderungen an Investitionen, die Durchsetzung noch strengerer geistiger Eigentumsrechte und die Förderung bestehender Palmölproduktionspraktiken fördern Armut und Vertreibung, haben katastrophale Auswirkungen für Umwelt und Gesundheitsversorgung und zementieren den vor allem den zulasten der damaligen Kolonien gewonnenen wirtschaftlichen Vorteil der Länder des Globalen Nordens.

Damit steht die von der EU in den CEPA-Verhandlungen angestrebte Handelspolitik im deutlichem Gegensatz zu den SDGs und damit zu den eigenen Verpflichtungen, die Handelspolitik entwicklungspolitischen und nachhaltigkeitsorientierten Zielen unterzuordnen. Zielsetzungen wie „die Nachhaltigkeit in der Nutzung von Ressourcen zu verbessern, ein Leben in Würde

zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen,²² sowie „den höchstmöglichen Standard an Gesundheitsversorgung“²³ und „die Schaffung hochqualitativer Jobs für junge Menschen in ausreichender Menge“ haben nichts mit dem bisher verhandelten Inhalt des CEPA zu tun.²⁴

So lange die Europäische Union eine solche Handelspolitik verfolgt, ist eine Verringerung der Kluft zwischen Nord und Süd unmöglich. Die europäische Zivilgesellschaft sollte sich, auch im Interesse einer gesicherten globalen Zukunft, gegen die Verhandlung und Verabschiedung solcher Abkommen einsetzen. Dabei sollte sie sich nicht von kosmetischen Ablenkungen wie ICS oder einer löchrigen Palmöl-Zertifizierung spalten lassen. Trotz der hohen Geschwindigkeit, in der die EU das CEPA-Abkommen verhandeln möchte, bleibt noch genug Zeit das Abkommen aufzuhalten jedoch ist unverzügliches Handeln geboten. Europäische Handelspolitik muss an ökologischen und sozialen Parametern ausgerichtet werden und demokratischen Standards genügen. Der aktuelle Verhandlungsstand lässt jedoch anderes befürchten.

Endnoten

- 1 Vgl. „After CETA: the EU-Vietnam agreement in short.“ CNCD 11.11.11. March 2017.
- 2 Europäische Kommission. „EU setzt Prioritäten für nachhaltige Entwicklungsziele fest.“ <https://ec.europa.eu/germany/news/eu-setzt-prioritaet-c3-a4ten-f-c3-bcr-nachhaltige-entwicklungsziele-fest-de>
- 3 „Improving sustainable management of resources, life in dignity, poverty eradication“ 1.2 §11 S 5.
- 4 „Commitment for delivering highest standard of health“ (eigene Übers.) 2030 Sustainable Development Goals. Präambel.
- 5 „Creating sufficient high quality jobs for young people“ (eigene Übers.) 2030 Sustainable Development Goals. Präambel.
- 6 United Nations. „Sustainable Development Goals: About.“ <http://www.un.org/sustainabledevelopment/development-agenda/>
- 7 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 207.
- 8 Vgl. die Angaben der Generaldirektion Handel zum Handel zwischen der EU und Indonesien, abgerufen am 20.12.17: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/indonesia/>
- 9 Siehe: „After CETA: The EU-Vietnam Agreement in short.“ CNCD -11.11.11., Policy Brief 18, 2017.
- 10 CIA World Factbook, Kapitel zu Indonesien. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html>
- 11 „Indonesia withdraws from investment treaties.“ <http://www.bakermckenzie.com/en/insight/publications/2017/05/withdrawal-from-investment-treaties/>, aufgerufen am 23.12.2017.
- 12 Für genauere Informationen über indonesische local content requirements, siehe: http://www.gbgingonesia.com/en/main/business_updates/2014/upd_going_local_understanding_indonesia_s_local_content_requirements.php
- 13 Webseite der UNCTAD. „Investment Dispute settlement navigator by Sector“ <http://investmentpolicyhub.unctad.org/ISDS/FilterByEconomicSector>
- 14 Kiezenbrink, Vincent. CNV International (Hrsg.) „Palming Off Responsibility: Labour rights violations in the Indonesian palm oil sector.“ April 2017.
- 15 Für mehr Informationen über den Zusammenhang von Palmölproduktion und Landgrabbing, siehe: <https://urgewald.org/presse/deg-palmoelprojekt-im-kongo>.

16 Petreno, Chelsea, Julia Paltseva and Stephanie Searle. „Ecological Impacts of Palm Oil Expansion in Indonesia.“ ICCT White Paper. July 2016.

17 Petreno, Chelsea, Julia Paltseva and Stephanie Searle. „Ecological Impacts of Palm Oil Expansion in Indonesia.“ ICCT White Paper. July 2016.

18 Hidayat, Nia Kurniavati, Astrid Offermans und Peter Glasbergen. „Sustainable Palm Oil as a public responsibility? On the governance possibility of Indonesian Standard for Sustainable Palm Oil (ISPO).“ Agricultural Human Values, 11.07.2017, DOI 10.1007/s10460-017-9816-6.

19 „Report of the 3rd round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and Indonesia.“ Europäische Kommission. 2017. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf

20 Iyengar S, Tay-Teo K, Vogler S, et al. „Prices, Costs, and Affordability of New Medicines for Hepatitis C in 30 Countries: An Economic Analysis.“ PLoS Medicine. 2016, 13(5):e1002032. doi:10.1371/journal.pmed.1002032

21 „After CETA: The EU-Vietnam Agreement in short.“ CNCD -11.11.11., Policy Brief 18, 2017.

22 „Improving sustainable management of resources, life in dignity, poverty eradication“ (eigene Übers.) 2030 Sustainable Development Goals. Präambel.

23 „commitment for delivering highest standard of health“ (eigene Übers.) 2030 Sustainable Development Goals Präambel.

24 2030 Sustainable Development Goals. Präambel.

25 Vgl. Webseite der UNCTAD: <http://investmentpolicyhub.unctad.org/ISDS>

26 Eine ausführliche Analyse des ICS-Systems: Pia Eberhardt et. al. Corporate Europe Observatory et. al. (Hrsg.): Verkaufte Demokratie: Wie die Regeln zum Schutz von Investoren in CETA zu einem Boom von Investorklagen gegen Kanada und die EU führen könnten. September 2016. Downloadlink: https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/09/VerkaufteDemokratie_sept2016.pdf

27 Merle Groneweg. PowerShift e. V. (Hrsg.): Nach unseren Regeln! – Wie die EU in die souveräne Steuerpolitik in rohstoffreichen Staaten eingreift. April 2017. Downloadlink: https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/03/factsheet_exportzoelle-1.pdf

28 Europäisches Parlament. „Ehrgeizige Ziele für eine saubere und effizientere Energienutzung.“ 17.01.2018. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180112/PR91629/ehrzeizige-ziele-fur-eine-sauberere-und-effizientere-energienutzung>

29 Europäisches Parlament. „Abgeordnete fordern Verzicht auf Palmöl in Biodiesel ab 2020.“ 04.04.2017. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170329/PR69057/abgeordnete-fordern-verzicht-auf-palmoel-in-biodiesel-ab-2020>

Impressum:

Herausgeber: PowerShift e. V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
 Autor: Aurel Eschmann
 Redaktion: Alessa Hartmann und Anna Schüller
 Layoutvorlage: Monika Brinkmüller
 Satz/Reinzeichnung: Tilla Balzer | balzerundkoeniger.de

Berlin, Dezember 2017

Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes

